

8. Bezirk – Josefstadt

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2024

Antrag



„Naschhecken“: Vogelfreundliche Sträucher in der Josefstadt

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 20.3.2024 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien (insb. MA42 und MA22) wird ersucht, zu überprüfen, ob in der Josefstadt weitere Maßnahmen für eine vogelfreundliche Grünraumgestaltung möglich sind, insb. um das natürliche Nahrungsangebot für die Vogelpopulation zu erweitern.

Begründung

Die Josefstadt ist ca. ein Quadratkilometer groß. Davon sind rund 70 % Baufläche, 28% Verkehrsfläche und nur ca. 2% Grünfläche. Dennoch gibt es in der Josefstadt eine ansehnliche Zahl an Vogelarten, wie etwa Amseln, Hausperlingen, Meisen und Stieglitzen. Gerade in einem so dicht bebauten Gebiet ist es wichtig, diese Populationen zu schützen und zu unterstützen.

Eine recht einfache Methode ist dabei eine vogelfreundliche Grünraumgestaltung. Die zielt insbesondere darauf ab, sogenannte „Naschhecken“ anzulegen, also natürliche Futterstationen mit entsprechender Bepflanzung. Dazu zählen bunte Hecken mit verschiedenen Sträuchern, die zu verschiedenen Zeiten blühen und Früchte tragen, wie etwa Traubenkirschen, Felsenbirnen, Heckenrosen, Schlehdorn, Hainbuchen, Eiben und Vogelbeeren. Außerdem dienen diese Hecken auch als Schlafplätze und Verstecke für viele Vögel und als Nistplätze für Freibrüter. Bereits einzelne Sträucher können eine wichtige Ressource darstellen.

Solche vogelfreundlichen Sträucher wurden bereits im Vorjahr im Rahmen der Umgestaltung des Tigerparks gepflanzt und es wäre hilfreich, zu wissen, ob es noch weitere geeignete Standorte für Naschhecken gibt. Folgende Orte scheinen vielversprechend: (1) der Bennoplatz, bei dem sich oft in der Nähe der Transformatorstation viele Meisen und Sperlinge versammeln, (2) der Hamerlingpark, insbesondere bei der Hundezone, möglicherweise aber auch andernorts, (3) der Schönbornpark, unmittelbar vor dem Garten des Volkskundemuseums, (4) die große Grünfläche an der Alserstraße (zwischen Feldgasse und Alserstraße 45), sowie diverse große Baumscheiben.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Überprüfung der Vorwürfe gegenüber Alma Johanna Koenig

Die Klubs der Grünen Alternative Josefstadt, der ÖVP & Bürgerforum Josefstadt, der SPÖ Josefstadt und der NEOS Josefstadt stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20.03.2024 gem § 24 GO-BV folgenden Antrag.

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung wird gebeten, den Beitrag zu Alma Johanna Koenig in „Umstrittene Wiener Straßennamen. Ein kritisches Lesebuch - 1. Ergänzungsband“ (2021, S. 48-51) und der darin erhobene Vorwurf des Antiziganismus, erneut prüfen zu lassen. Mit einer neuerlichen Untersuchung sollen nicht nur Historiker:innen befasst werden, sondern auch Literaturwissenschaftler:innen und Forschende zu Antirassismus und Antiziganismus.

Begründung

Alma Johanna Koenig war Schriftstellerin, Jüdin und Josefstädterin. 1942 wurde sie durch das NS-Regime verschleppt und im Vernichtungslager Trostinec ermordet. Gleichzeitig wird sie im 2021 erschienenen Buch „Umstrittene Wiener Straßennamen – Ein Kritisches Lesebuch; 1. Ergänzungsband“¹ als problematische Person angeführt. Ihr wird Antiziganismus vorgeworfen.

Der Vorwurf des Antiziganismus wird mit der Darstellung einer Figur in ihrem Werk „Schibes“ begründet, die antiziganistische Stereotype aufweist. Allerdings fällt auf, dass dabei lediglich eine geschichtswissenschaftliche Betrachtungsweise herangezogen und der literaturhistorische Kontext außer Acht gelassen wird. Der Text war 1920 erschienen und daher – so die Argumentation der IG Autoren und Autor:innen – müsse genau geprüft werden, inwiefern besagte Darstellung in „Schibes“ die Geisteshaltung von Koenig widerspiegelt, oder einfach ein zu jener Zeit gängiges Narrativ aufgreift. Eine solche Überprüfung scheint auch den unterzeichnenden Bezirksrät:innen ratsam.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass es sich bei Antiziganismus um eine Sonderform des Rassismus handelt, der vor allem in der Literatur Bedeutung Ausdruck fand: Roma und Sinti hatten nie ihre eigene Geschichtsschreibung. Viel mehr wurde ihre Geschichte von anderen über sie geschrieben, weshalb Literatur so eine wichtige Rolle in der Verbreitung antiziganistischer Vorurteile einnahm. Um diesem Umstand gerecht zu werden, braucht es in der Neubeurteilung von Alma Johanna König auch Expert:innen aus dem Bereich des Antiziganismus.

Vor über zehn Jahren ließ die Stadt Wien problematische Straßennamen in Wien erforschen, der erste Bericht erschien 2013. 2021 wurde nun eine Ergänzung vorgestellt. Diese Untersuchungen sind ein zentraler Teil der Auseinandersetzung mit der Stadtgeschichte Wiens und prägen die Erinnerungskultur. Deshalb ist es besonders wichtig, hier möglichst präzise vorzugehen und wo möglich auch interdisziplinäre Perspektiven zu entwickeln.

¹ Download unter <https://www.wien.gv.at/kultur/strassennamen/strassennamenpruefung.html> (13.3.2024)

Errichtung zusätzlicher Anrainer*innenparkplätze

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 20.03.2024 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, die Errichtung zusätzlicher Anrainer*innen-Parkplätze in dem Gebiet Feldgasse/Breitenfelder Gasse/Albertgasse (zwischen Florianigasse und Alserstraße) zu überprüfen. Die Ergebnisse mögen in der Mobilitätskommission berichtet werden. Falls zusätzliche Anrainer*innen-Parkplätze in diesem Bereich möglich sind, sollen diese auch umgehend umgesetzt werden.

Begründung

Anrainer*innen sind an uns mit der Bitte um Errichtung zusätzlicher Anrainer*innen-Parkplätze in dem oben genannten Bereich herangetreten, da durch zahlreiche Änderungen (Schaffung neuer Ladezone, Verlegung der Müllinsel in die Parkspur, Baustelle,...) die Parkplatzsituation besonders für Anrainer*innen eingeschränkt ist. Die Schaffung von zusätzlichen Anrainer*innenparkplätzen in diesem Gebiet würde zu einer deutlichen Verbesserung für die dortigen Bewohner*innen führen.

Mehr Sicherheit für Fußgänger*innen an Ecke Josefgasse/Auerspergstraße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 20.03.2024 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht im Rahmen der Baumaßnahmen für die Radroute an der Ecke Josefgasse/Auerspergstraße Maßnahmen für die Sicherheit für Fußgänger*innen auch nach Fertigstellung der neuen Radroute zu setzen. Mögliche Lösungen könnten in etwa ein Schutzweg und/oder Bodenmarkierungen sein. Die möglichen Maßnahmen sollen in der Mobilitätskommission präsentiert werden.

Begründung

Die aktuelle Situation an der Ecke Josefgasse/Auerspergstraße ist besonders für Fußgänger*innen gefährlich. Auch wenn nach der Fertigstellung der neuen Radroute kein motorisierter Verkehr mehr an dieser Stelle durchfahren kann, muss die Sicherheit für Fußgänger*innen auch gegenüber dem Radverkehr gewährleistet werden.

Antrag betreffend Planung Schulvorplatz VS Lange Gasse

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Josefstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 20.03.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständige MA 28 wird ersucht, eine Planung für die Attraktivierung des Schulvorplatzes der Volksschule Lange Gasse auf Basis der Vorschläge aus dem Jahr 2020 zu erstellen und diese der Mobilitätskommission sowie der Bezirksentwicklungs- und Agendakommission zu übermitteln. Dieser Entwurf sieht unter anderem eine Verschwenkung der Fahrbahn, Begrünung und Baumpflanzungen vor der Schule und neue Sitzgelegenheiten vor. Die ebenfalls im damaligen Entwurf angedachte Fassadenbegrünung der Schule wurde bereits umgesetzt.

Die verbleibende Fahrbahnbreite soll ausreichend Platz für eine mögliche Umsetzung von Radfahren gegen die Einbahn vorsehen.

Begründung

Der Antrag der NEOS auf Attraktivierung des Vorplatzes der Volksschule Lange Gasse wurde in der Bezirksvertretungssitzung vom 06.12.2023 einstimmig angenommen. Mit Schreiben der MA 28 vom 29.12.2023 wurde bestätigt, dass eine solche Planung möglich ist und der Bezirk die Weiterführung von bereits erfolgten Vorschlägen der MA 28 dazu aus dem Jahr 2020 beauftragen möge. Dies soll mit dem vorliegenden Antrag geschehen.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. September 2023 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Aufstellung von Müllsammelstellen

Die zuständige Magistratsabteilung 48 wird ersucht, Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten, wo die Müllsammelstellen eventuell besser und Platzressourcenschonend aufgestellt bzw. verschoben werden können. Diese Vorschläge sollen dann in einer gemeinsamen Sitzung der Mobilitätskommission und dem Umweltausschuss präsentiert und die Aufstellplätze mit entsprechenden Beschlüssen verändert bzw. verbessert werden.

BEGRÜNDUNG:

Im Sommer wurde im Bereich Bennoplatz die Müllsammelstelle von einem Bereich, der weder Fußgänger behinderte noch Parkplätze verstellt hat, komplett in die Parkspur verlegt. Dies hat zu heftigen Protesten der Bevölkerung und zu absolutem Unverständnis geführt. Siehe Facebook Posting der Gruppe Josefstadt vom 17. August 2023:



Es gibt in unserem schönen Bezirk immer öfter baulich Maßnahmen bzw. Änderungen, die unverständlich bis dumm sind. Eine solche ist aktuell die Neuplatzierung der Müllcontainer am Bennoplatz. Jahrzehntlang standen diese am breiten Gehsteig neben dem Ballkäfig und haben dort niemanden gestört. Die verbleibende Restbreite des Gehsteigs war auch für Rollstühle und Kinderwagen mehr als ausreichend. Jetzt hat man in einer Nacht- und Nebelaktion die Container ums Eck auf die Straße gestellt, und dafür mutwillig wieder Parkplätze gekillt, in einem Bereich, wo es ohnedies viel zu wenig gibt. Da stelle ich mir die Frage, ob die Sommerhitze schuld an solchen Entscheidungen ist, denn ein vernünftiges Motiv fällt mir dazu wirklich nicht ein.



Da dies nicht die einzige Örtlichkeit in der Josefstadt ist, in der derartige Aufstellungen zu Unverständnis und Ärger führen, scheint es notwendig zu sein sämtliche Örtlichkeiten, wo derartige Müllsammelstellen existieren, auf deren Sinnhaftigkeit und Verbesserung überprüfen und entsprechend anpassen zu lassen.



Antrag



Bäume in der Josefstädter Straße

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 6.12.2023 gemäß §24 GO BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden beauftragt gemäß dem im Jänner 2023 von der MA 28 präsentierten Plan in der Bezirksentwicklungs- und Agendakommission (BEAK) 15 Baumpflanzungen in der Josefstädter Straße im Abschnitt zwischen Nr.74 (Höhe Bennogasse) und Nr.46 (Höhe Fuhrmannsgasse) umzusetzen.

Entsprechend den Kriterien der „lebenswerten Klimamusterstadt“ und der Präsentation in der BEAK sollen Mikrofneiräume mit Einzelsitzen Höhe Nr.74 (Bipa) und Nr.48 (Lampengeschäft „Nanu“) geschaffen werden.

Darüber hinaus wird gemäß der Beantwortung der Magistratsabteilung am 16.August 2023 zum SPÖ-Antrag Gehsteigvorziehung Tigergasse#Josefstädterstraße am 28.Juni 2023 ersucht, auch den Eckbereich als Teil des Straßendetailprojekts zwecks einfacherer Querung umzusetzen.

Begründung

2021 musste der einzige Baum der Josefstädter Straße dem U2/U5 U-Bahn-Projekt weichen.

Mit 25% aller 120 Wünsche waren Begrünungsmaßnahmen bzw. Baumpflanzungen in der Josefstädter Straße im Mitmachbudget-Bürgerbeteiligungsprojekt (2022-2023) mit großem Abstand der meistgeforderte Wunsch aller Josefstädter Bewohner*innen.

Die Josefstädterstraße als das Herz der Josefstadt benötigt mehr Aufenthaltsqualität und schattenspendende Maßnahmen und die Schaffung eines Mikroklimas im Zuge der Klimaherausforderungen der kommen Jahre.

Gemäß Protokoll der BEAK ist mit Förderungen der Lebenswerten Klimamusterstadt bei Umsetzung zu rechnen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 06. Dezember 2023 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Massiver Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

Der zuständige Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke wird ersucht, die Wien Energie zu beauftragen, die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in der Josefstadt soweit ausbauen zu lassen, dass in jeder Straße zumindest eine Ladestation für zwei Fahrzeuge zur Verfügung steht.

BEGRÜNDUNG:

In der Europäischen Union sind laut dem europäischen Herstellerverband Acea erstmals mehr Elektroautos als Pkw mit Dieselmotor neu zugelassen worden. In Österreich hat der Elektroauto-Anteil mittlerweile über 21% erreicht. Die Zulassungszahlen und auch der Anteil der auf den Straßen befindlichen Elektrofahrzeuge hat einen rasanten Anstieg erlebt und steigt weiter schnell an. Um diese durchaus erfreuliche und umweltfreundlichere Veränderung des Individualverkehrs zu unterstützen, benötigt es aber natürlich auch eine entsprechende Infrastruktur. Diese ist besonders in innerstädtischen und dichtverbauten urbanen Gebieten wie der Josefstadt, nicht durch größere Plätze und Flächen zu gewährleisten, sondern nur durch entsprechende Angebote im vorhandenen Parkraum. Die derzeitigen Angebote sind für den rasant wachsenden Anteil an Elektrofahrzeugen nicht ausreichend und müssen mit der Entwicklung mithalten können. Aus diesem Grund sehen wir die Notwendigkeit, die Ladeinfrastruktur in der Josefstadt rasch auszubauen.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 06. Dezember 2023 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Reinigung der denkmalgeschützten Mauer des Schönbornparks

Die zuständige Magistratsabteilung wird ersucht, von der denkmalgeschützte Mauer des Schönbornparks die Verunstaltungen wie Beklebungen und Beschriftungen mittels einer gründlichen Reinigung zu entfernen.

BEGRÜNDUNG:

Die Mauer des Schönbornparks ist eines der ganz besonderen Denkmäler der Josefstadt und wurde vor einigen Jahren aufwändig und kostenintensiv saniert.

Leider kam es im Laufe der Zeit zu Verunstaltungen der Mauer.

Da sich sowohl Beklebungen als auch Beschriftung negativ auf die Bausubstanz auswirken, sollten diese so rasch wie möglich entfernt werden, auch um weiteren Vandalismus vorzubeugen.



Die Klubs Grüne Alternative Josefstadt, SPÖ und NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.6.2024 gem. § 24 GO BV folgenden

Antrag:

Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen in der Josefstadt 2025-2030

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständigen Stadtrat Jürgen Czernohorszky wird ersucht die Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen in der Josefstadt im Rahmen des Projekts „Lokale Agenda 21 in den Wiener Gemeindebezirken 2025-2030“ finanziell zu unterstützen. Der Bezirk erklärt sich bereit, im Projektzeitraum 2025-2030 für die Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen 81.000 Euro jährlich aus Bezirksmitteln zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Bezirksbezogene Lokale Agenda 21-Prozesse stellen ein bewährtes Instrument dar, um Bürger*innen auf lokaler Ebene in ihrem Engagement zu unterstützen. Im Rahmen eines bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozesses werden Bürger*innen informiert, aktiviert und auf Augenhöhe in den Dialog zwischen Bezirkspolitik und Stadtverwaltung eingebunden. Dies fördert nicht nur die Transparenz und demokratische Teilhabe, sondern trägt auch dazu bei, maßgeschneiderte und realitätsnahe Lösungen zu entwickeln, die den individuellen Bedürfnissen und Perspektiven der Bürger*innen entsprechen. Durch diesen partizipativen Ansatz wird die Legitimität von Entscheidungen gestärkt und das Risiko von Konflikten verringert, da die betroffenen Personen aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfelds beteiligt sind. Dies fördert ein Klima des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und den lokalen Entscheidungsträger*innen sowie der Verwaltung, was langfristig zu einer nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene und einer gestärkten demokratischen Kultur in Wien beiträgt.

Antrag



LEISE UND UMWELTFREUNDLICH: 13A ALS E-BUS

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 26.06.2024 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Der zuständige Stadtrat der Stadt Wien wird ersucht, die Wiener Linien dahingehend aufzufordern, auf der Buslinie 13A einen Testbetrieb mit ein oder zwei Batterie-elektrischen-Gelenksbussen durchzuführen. Nach positiver Testphase soll die Linie 13A vollständig und dauerhaft auf Batterie-elektrische-Gelenksbusse umgestellt werden.

Begründung

Der 13A ist für die verkehrstechnische Erschließung des Bezirkes von erheblicher Bedeutung. Im besonders dicht verbauten Gebiet ist die Auswirkung von Lärm und Schadstoffen stark zu spüren. Um einer gesundheitlichen Beeinträchtigung der Anrainer:innen entgegenzuwirken und die Buslinien für Fahrgäste und Anrainer:innen umweltfreundlicher, attraktiver und mit weniger Lärmemissionen zu gestalten, erscheint die Umstellung auf E-Betrieb ein unverzichtbares Mittel. Desweiteren ist die Elektrifizierung der Busse ein wichtiger Schritt, um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Städte wie Köln (seit 2016), Eindhoven (seit 2016) und Amsterdam (seit 2018), zeigen bereits jetzt, dass die technische Machbarkeit einer Umstellung auf E-Betrieb auch bei großen Gelenkbussen wie dem 13A auf längeren Strecken und in größerer Anzahl an Bussen gegeben ist.

Aktuelle Batterie-elektrische-Gelenksbusse haben bereits eine Reichweite von über 500 Kilometer. Dies entspricht deutlich mehr als der erforderlichen Tages-Kilometer-Leistung eines Busses auf der Linie 13A. Somit wären auch keine Schnellladepunkte an den Endstationen notwendig und die kurzen Wendezeiten weiterhin möglich.

Durch die schnellere Beschleunigung gegenüber Dieselnissen ist von einer schnelleren Umlaufzeit auszugehen, weshalb die um rund 20% geringere Kapazität an Stehplätzen wieder ausgeglichen werden kann.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind,
beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. Juni 2024 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Schaffung eines Schienenersatzverkehrsmittels auf der Strecke zwischen Gürtel (Station Alserstraße) und dem Schottentor

Der amtsführende Stadtrat für die Wiener Linien, wird ersucht, die Wiener Linien dazu zu veranlassen, für die Dauer der Einstellung des öffentlichen Verkehrs auf der Strecke zwischen dem Gürtel (Station Alserstraße) und dem Schottentor, entlang der Alserstraße, ein öffentliches Schienenersatzverkehrsmittel einzurichten, welches möglichst die entgangene Strecke der Linien 43 und 44 in diesem Bereich abdeckt.

BEGRÜNDUNG:

Die Anbindung vom Gürtel zum Schottentor ist für unzählige Bewohnerinnen und Bewohner der Josefstadt, aber auch Ottakring und Hernals, eine wichtige Route auf den täglichen Wegen zur Arbeit, Uni oder Schule und wieder zurück. Die Einstellung der öffentlichen Verkehrsmittel auf dieser Strecke ist für viele eine zusätzliche Belastung. Daher soll ein öffentliches Schienenersatzverkehrsmittel für die Dauer der Bauarbeiten eingerichtet werden, welches den Gürtel (Station Alserstraße) und das Schottentor über die Route entlang der Alserstraße miteinander verbindet.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. Juni 2024 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Bodenmarkierung mit dem Verkehrszeichen „Achtung Schule“

Die zuständige Magistratsdienststelle der Stadt Wien wird ersucht, nach der Fertigstellung der Umbauarbeiten in der Zeltgasse eine zusätzliche Bodenmarkierung mit dem Verkehrszeichen „Achtung Schule“ anzubringen. Die Bodenmarkierungen sollen in Fahrtrichtung Ring ungefähr auf Höhe ONr. 9, in Fahrtrichtung Gürtel vor ONr. 8 erstellt werden.

BEGRÜNDUNG:

Da die Zeltgasse nach den Umbauarbeiten nun als Teil der sogenannten „Fahrradstraße“ von den Verkehrsteilnehmern wahrgenommen wird, sind höhere Geschwindigkeiten durch Fahrradfahrer zu erwarten. Um gefährliche Situationen zu vermeiden, ergibt eine bessere Sichtbarkeit der Verkehrssituation vor Ort im Umfeld der Schule Sinn.



Abb.: Verkehrszeichen „Achtung Schule“ (Bildquelle: © kommunalbedarf.at)



Erhaltung des Ateliers der Künstlerin Trude Wähner

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 26.06.2024 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung 7 wird ersucht zu überprüfen, wie und unter welchen Voraussetzungen die Erhaltung des Ateliers der Künstlerin Trude Wähner in der Buchfeldgasse 6 und die künstlerische Nutzung mit Zugang für die interessierte Öffentlichkeit ermöglicht werden kann. Dazu soll die zuständige Magistratsabteilung in der Kulturkommission über die Ergebnisse der Überprüfungen und Möglichkeiten berichten.

Begründung

Trude Wähner wurde am 11. August 1900 in Wien geboren und lebte mit ihren Eltern im Haus in der Buchfeldgasse 6. Ab den frühen 1920er Jahren war Trude Wähner als Grafikerin und Malerin tätig. Im Dachgeschoss ihres Elternhauses richtete sie ein Atelier ein, das sich rasch zum Treffpunkt von zahlreichen Künstlern und Intellektuellen entwickelte.

Das historisch und künstlerisch bedeutende Atelier sollte auf jeden Fall erhalten und für eine künstlerische Nutzung auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Verkehrszählung Josefsgasse/Auerspergstraße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 26.06.2024 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung 46 wird ersucht, gemäß der Antragsbeantwortung BV8-425001-2024 eine Verkehrszählung an der Ecke Josefsgasse/Auerspergstraße durchzuführen. Die Verkehrszählung soll als Basis dazu dienen die Realisierung eines Schutzweges in diesem Bereich zu überprüfen.

Die Ergebnisse der Verkehrszählung sollen in der Mobilitätskommission berichtet werden.

Begründung

Die aktuelle Situation an der Ecke Josefsgasse/Auerspergstraße ist aufgrund der Sichtverhältnisse besonders für Fußgänger*innen gefährlich. Auch wenn nach der Fertigstellung der neuen Radroute kein motorisierter Verkehr mehr an dieser Stelle durchfahren kann und die erlaubte Höchstgeschwindigkeit begrenzt ist, muss die Sicherheit für Fußgänger*innen auch gegenüber dem Radverkehr gewährleistet werden.

Antrag betreffend Planung Schulvorplatz VS Lange Gasse/2

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Josefstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26.06.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständige MA 28 wird ersucht, eine erneute Planung für die Attraktivierung des Schulvorplatzes der Volksschule Lange Gasse zu erstellen und im Zuge dessen die notwendige Überarbeitung des Straßendetailprojekts 353/2020 vorzunehmen. Die Planung möge der Mobilitätskommission sowie der Bezirksentwicklungs- und Agendakommission übermittelt werden.

Begründung:

In Beantwortung des Antrags der NEOS in der Bezirksvertretungssitzung vom 20.03.2024 betreffend "Planung Schulvorplatz VS Lange Gasse" wurde seitens der MA28 darum ersucht, einen erneuten Projektauftrag an die MA 28 zu übermitteln. Dabei soll ausgehend von dem Straßendetailprojekt 353/2020 eine notwendige Überarbeitung erfolgen, damit die derzeitigen Standards/Normen erfüllt sind.

Der Entwurf von 2020 beinhaltet u.a. eine Verschwenkung der Fahrbahn, Begrünungen und Baumpflanzungen vor der Schule und neue Sitzgelegenheiten. Wie im Antrag vom März vergangenen Jahres zudem ausgeführt, soll dabei die verbleibende Fahrbahnbreite ausreichend Platz für eine mögliche Umsetzung von Radfahren gegen die Einbahn vorsehen.

Namens LINKS-KPÖ Josefstadt stellt Bezirksrat Herbert Fuxbauer, gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, zur Bezirksvertretungssitzung am 26.06.2024 folgenden

Antrag

betreffend: Schattenplätze Schönbornpark

Die zuständige Magistratsabteilung-42 wird ersucht, im Schönbornpark das Angebot an Sitzbänken und Tischen im Schattenbereich zu erweitern (siehe Fotos). Konkret geht es um den eingezäunten Bereich für Kleinkinder rund um die vorhandene Sandkiste. Die an einer Seite angebrachten drei Tische mit je zwei Bänken stehen ab etwa 11 Uhr vormittags mehrere Stunden in der prallen Sonne. Die MA42 möge eine Planung, zusammen mit einem Kostenvoranschlag an die zuständige Kommission in der Bezirksvertretung berichten.

Begründung

Dieser Bereich des Schönbornparks wird vorwiegend von Kleinkindern mit Erwachsenenbegleitung besucht. Der Sonnenschutz für Kleinkinder im Hochsommer ist von großer Bedeutung, um die empfindliche Haut vor den schädlichen Auswirkungen der UV-Strahlung zu schützen. Besonders in der Zeit von 10 bis 16 Uhr, wenn die UV-Strahlung am stärksten ist, ist direkte Sonneneinstrahlung zu vermeiden. Mit zusätzlichen 2 Tischen mit je zwei Sitzbänken im Schattenbereich (siehe Foto) kann hier Abhilfe geschaffen werden. Der Antrag entspringt einem Wunsch mehrerer Besucher und Besucherinnen des Schönbornparks.

Für LINKS-KPÖ Josefstadt

BR Herbert Fuxbauer



LINKS-KPÖ Josefstadt, SPÖ Josefstadt und der Klub der Grünen Josefstadt, stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, zur Bezirksvertretungssitzung am 26.06.2024, folgenden Resolutionsantrag betreffend:

"Für Sensibilisierung, Hilfe und Unterstützung bei Kindern und Jugendlichen"

Die Bezirksvertretung Josefstadt spricht sich für mehr Sensibilisierung, Schutz, Hilfe und begleitende Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus, aber gegen eine Kriminalisierung von unmündigen Minderjährigen sowie gegen eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters.

Begründung

Jugendgewalt muss eingebremst und kriminelle Karrieren von Anbeginn verhindert werden. Doch immer öfter erleben wir in Fällen von Jugendkriminalität und Gewalt unter Unmündigen die Forderung nach Absenkung des Strafmündigkeitsalters unter 14 Jahren.

Die Bezirksvertretung Josefstadt gibt zu bedenken: Kinder haben oft nicht die emotionale Reife, die Konsequenzen ihres Handelns vollständig zu verstehen oder zu berücksichtigen. Ihre Entscheidungen sind oft impulsiver und weniger durchdacht als die von Erwachsenen. Kinder und Jugendliche befinden sich in einem Entwicklungsprozess, der ihre Fähigkeit zur Entscheidungsfindung und zur Unterscheidung zwischen richtig und falsch beeinflusst.

Das Strafrecht sollte die Erziehung und soziale Integration von Kindern und Jugendlichen unterstützen, anstatt sie zu kriminalisieren, denn eine frühzeitige Kriminalisierung kann negative Langzeitfolgen haben. Vielmehr sollte der Fokus auf präventiven und rehabilitativen Maßnahmen liegen, um Jugendkriminalität zu verhindern und um unmündige Kinder und Jugendliche auf einen positiven Lebensweg zu führen. Unmündige Minderjährige gehören in Schulen und nicht in Gefängnisse.

Insgesamt spricht viel dafür,

- dass die Herabsetzung der Strafmündigkeit nicht der richtige Weg ist, um Jugendkriminalität zu bekämpfen
- den Jugendgerichtshof Wien wieder einzusetzen
- mit Hilfe von Fallkonferenzen sensible und individuelle Maßnahmen einzuleiten

LINKS-KPÖ Josefstadt

Klub der Grünen Josefstadt

SPÖ Josefstadt

BR Herbert Fuxbauer

LINKS-KPÖ Josefstadt und der Klub der Grünen Josefstadt stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, zur Bezirksvertretungssitzung am 06.12.2023, folgenden

Antrag

Die für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen zuständige amtsführende **Stadträtin Kathrin Gaál**, wird ersucht, schnellstmöglich einen erweiterten Aktionsplan gegen Männergewalt in die Wege zu leiten, und mit dem Ausbau der Präventions- und opferorientierten Täterarbeit verstärkt konkrete Schritte zur Verhinderung von Femiziden und Gewalt an Frauen zu setzen. Dieser soll bezirksspezifische Strategien aufweisen, um Femizide in der Josefstadt konkret aufzuhalten.

Begründung

27 Morde an Frauen, davon 25 Femizide, wurden im heurigen Jahr bereits von Männern in Österreich begangen, davon 8 allein in Wien. Dazu kommen noch 41 Mordversuche.¹ Im EU-weiten Vergleich gibt es in Österreich überdurchschnittlich viele Femizide. In den meisten Fällen werden die Frauen von ihren Partnern, Ex-Partnern und männlichen Familienmitgliedern ermordet. Rund zwei Drittel aller Gewaltverbrechen an Frauen werden im eigenen Heim verübt und immer noch erfährt fast jede fünfte Frau in Österreich körperliche und/oder sexualisierte Gewalt. Häusliche Gewalt ist folglich auch bei uns ein Problem, das auf die patriarchalen Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft zurückzuführen ist.

Es bedarf eines koordinierten Ansatzes auf politischer, sozialer und kultureller Ebene, der auch bezirksspezifische Herausforderungen mitdenkt. Insbesondere bei häuslicher Gewalt kann das unmittelbare Wohnumfeld eine wichtige Unterstützung darstellen. Es ist daher wichtig, eine Strategie zu entwickeln, die diesen Umstand berücksichtigt und Besonderheiten der Bezirke berücksichtigt. Die Initiative „STOP – Stadtteile gegen Partnergewalt“ ist trotz Beschluss der Bezirksvertretungssitzung noch immer nicht in der Josefstadt eingerichtet.

Für LINKS-KPÖ Josefstadt

für den Klub der Grünen Josefstadt

Bezirksrat Herbert Fuxbauer

¹ https://www.aoef.at/images/04a_zahlen-und-daten/Factsheet_Femizide-in-Oesterreich_AOeF.pdf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. Juni 2024 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Errichtung von Radbügeln im Innenbereich der Schrägparkplätze

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, in der Schönborn-gasse im Innenbereich (siehe Bild 1) der Schrägparkplätze ebenso wie im Außenbereich jeweils zumindest einen Radbügel zu errichten.

BEGRÜNDUNG:

Beim Umbau und der Neugestaltung der Oberfläche der Schönborn-gasse, wurden im jeweiligen Außenbereich der Schrägparkplätze jeweils ein Radbügel installiert. Im Innenbereich dieser Schrägparkplätze wurde dies mit der Begründung abgelehnt, dass dadurch ein Ausfahren aus dem Parkraum nicht mehr möglich wäre. Diese Begründung ist aber aus mehreren Gründen nicht nachvollziehbar. Erstens können Fahrräder notfalls auch über den Gehsteig auf die Fahrbahn geschoben werden und zweitens läßt sich feststellen, dass ein Ausfahren doch möglich ist, da die Ausfahrt durch die Hecks der abgestellten Autos keinesfalls eine absolute Unmöglichkeit verursacht, da dort derzeit sogar Motorroller abgestellt werden (siehe Bild 2). Dadurch wird dann teilweise sogar ein Überqueren der Fahrbahn für Fußgänger erschwert, was durch die Aufstellung von Bügeln - und damit ein geordnetes Abstellen - auch verhindert werden könnte. Des Weiteren werden in der alltäglichen Benutzung die Fahrräder sogar auf den Schutzgittern der Bäume abgestellt und abgesperrt (siehe Bild 3 und 4). Um dies in Zukunft hintanzuhalten, ist eine Aufstellung der Fahrradbügel im vorgeschlagenen Bereich aus unserer Sicht eine geeignete Maßnahme. Außerdem würde dadurch die Anzahl der Fahrradbügel erhöht, ohne weitere Autostellplätze zu vermindern. Siehe dazu die aktuellen Bilder:



Bild 1



Bild 2



Die Wiener Volkspartei

Josefstadt



Bild 3



Bild 4



Vorziehung Gehsteigkante Florianigasse/Buchfeldgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 26.06.2024 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht Planungen zu erstellen, um an der Kreuzung Florianigasse/Buchfeldgasse den Gehsteig durch eine Gehsteigvorziehung im Bereich der Sperrfläche direkt vor Florianigsse 13 (Apotheke zur Hl. Johanna) zu vergrößern und durch eine Sitzgelegenheit (Bank oder ein, zwei Sessel) und möglicherweise einen bepflanzten Blumentopf die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Diese sollen mit einer darauf basierenden Kostenschätzung in der Mobilitätskommission vorgestellt und besprochen werden.

Begründung

Die momentan dort befindliche Sperrfläche soll die Situation für Fußgänger*innen durch eine Gehsteigvorziehung verbessern und außerdem eine zusätzliche Aufenthaltsmöglichkeit mit Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum bieten.

Die unterzeichnenden Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. September 2024 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Wasserstoffbus 13A – Übermittlung des Resultats der Testfahrt am 20. August

Der zuständige amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke wird ersucht, die Wiener Linien anzuweisen, das Resultat der Testfahrt des Wasserstoffbusses am 20. August, entlang der Linie des 13A, der Bezirksvertretung der Josefstadt zu übermitteln und bekanntzugeben wann mit einer Inbetriebnahme von Wasserstoffgarnituren auf dieser Strecke zu rechnen ist.

BEGRÜNDUNG:

Die Josefstadt soll Wiens erster Bezirk werden, dessen öffentliche Verkehrsmittel abgasfrei sind. Die Buslinie 13A ist das letzte abgasproduzierende öffentliche Verkehrsmittel durch die Josefstadt und fährt als wichtiges Verbindungsglied durch die Innenbezirke durch viele dichtbewohnte Straßen. Um die Abgasbelastung für die Bewohnerinnen und Bewohner entlang der 13A Route zu reduzieren, soll die Buslinie 13A auf CO₂-freundliche und abgasfreie Fahrzeuge umgestellt werden. Bereits am 20. August fand auf der Strecke des 13A eine Testfahrt mit einem Wasserstoffbus statt. Die Ergebnisse dieser Testfahrt sollen der Bezirksvertretung Josefstadt übermittelt werden und es soll bekanntgegeben werden, wann mit einer Inbetriebnahme von Wasserstoffbussen auf der Strecke des 13A zu rechnen ist.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. September 2024 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Waste Watcher im Hamerlingpark

Der amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, wird – unter Einbindung der zuständigen Stelle des Magistrats der Stadt – ersucht, Mitarbeiter der „waste watcher“ in den Abendstunden am Hamerlingpark einzusetzen, um die zuletzt zu beobachtende Verschmutzung der allgemein zugänglichen Flächen hintanzuhalten.

BEGRÜNDUNG:

Anrainer beim Hamerlingpark beklagen vor allem in den wärmeren Monaten eine Zunahme von Lärmbelästigung und Verschmutzung in den Abendstunden. Einsätze der Polizei haben sich als wenig nachhaltig wirkungsvoll gezeigt und können die Probleme nur punktuell hintanhaltend. Der Einsatz von Ordnungsdiensten kann hier eine zielführende ergänzende Maßnahme darstellen. Wie die „waste watcher“ in ihrer Selbstbeschreibung (vgl.

<https://www.wien.gv.at/umwelt/ma48/sauberestadt/strassenreinigung/wastewatcher.html>)

anführen, können diese Mitarbeiter auch „sonn- und feiertags sowie nachts“ eingesetzt werden, um das Wiener Reinhaltegesetz zu vollstrecken. Der Einsatz solcher Ordnungsdienste wird zudem dem Grundsatz „informieren statt strafen“ besser gerecht, ein Grundsatz, der sehr gut auf das Selbstverständnis unseres Bezirkes passt.

Überdies wird die Einbindung von Sozialarbeitern angeregt.



Die unterzeichnenden Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. September 2024 gem. § 24 GO BV folgenden

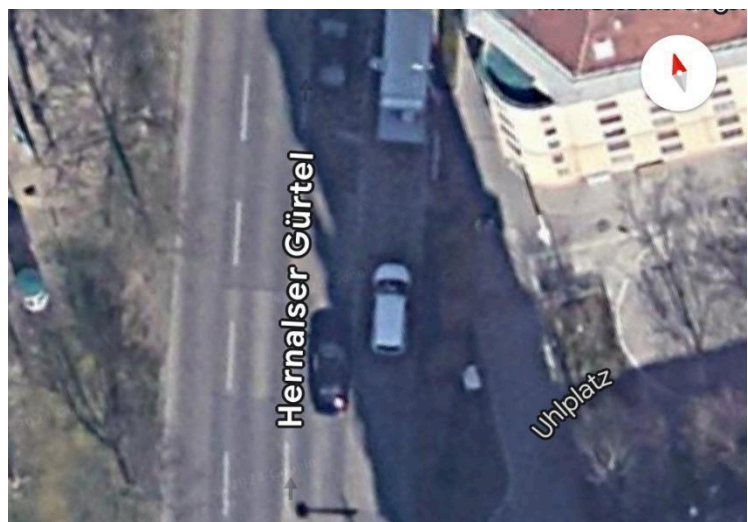
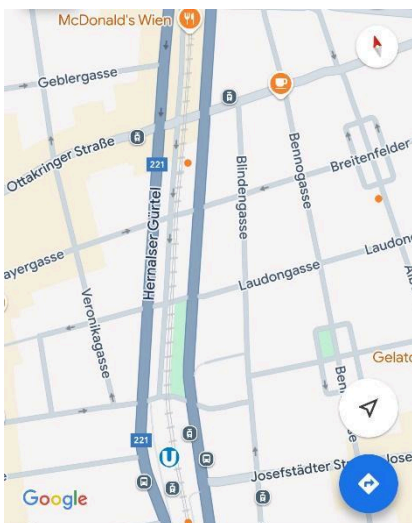
ANTRAG

BETREFF: Errichtung einer permanenten Parkspur entlang des Gürtels im Bereich Josefstädter Straße bis Alser Straße

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, zu überprüfen ob die rechteste Fahrspur auf der Innenseite des Gürtels im Bereich Josefstädter Straße bis Alser Straße permanent in eine Parkspur umfunktioniert werden könnte und mit welchen Konsequenzen dabei zu rechnen ist. Die Ergebnisse dieser Überprüfung mögen der Mobilitätskommission zur weiteren Beratung übermittelt werden.

BEGRÜNDUNG:

Durch den Wegfall unzähliger Abstellplätze für KfZs in der Josefstadt mangelt es den Bewohnerinnen und Bewohnern an Parkmöglichkeiten. Um zu vermeiden, dass die Autofahrerinnen und Autofahrer unzählige Runden durch die Josefstadt drehen, um einen Parkplatz zu finden, werden die zuständigen Magistratsdienststellen ersucht zu überprüfen, ob die rechteste Fahrspur auf der Innenseite des Gürtels im Bereich Josefstädter Straße bis Alser Straße permant in eine Parkspur umzufunktioniert werden könnte. Bereits jetzt ist es am Wochenende möglich, das KfZ in dieser Fahrspur abzustellen.



Verbesserung Straßenbau Radweg vor Friedrich-Schmidt-Platz 7

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 18.09.2024 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung 28 wird ersucht, die Zufahrt zum Radweg, kommend von der
Nebenfahrbahn vor der ONr. Friedrich-Schmidt-Platz 7 dahingehend zu verbessern, sodass die
Bordsteinkante auf eine dem Fahrradverkehr förderlichere Höhe abgesenkt wird.

Begründung

Mit der zunehmenden Nutzung der Hauptradroute entlang der Florianigasse gibt es auch weitere
kleinere bauliche Verbesserungspotentiale für Radfahrer*innen. Gerade so scheinbar kleine
Unannehmlichkeiten wie diese ungewöhnlich hohe Bordsteinkante beeinträchtigen den
Alltagsradverkehr erheblich.

Neubemalung Regenbogenzebrastreifen Josefstädter Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 18.09.2024 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht den Regenbogen-Zebrastreifen auf der
Josefstädter Straße/Hauer-Platz in den Regenbogenfarben neu zu bemalen.

Begründung

Aktuell ist der vorhandene Regenbogen-Zebrastreifen stark verschmutzt und kaum als so einer mehr
erkennbar. Daher wäre es sehr begrüßenswert, wenn die Bemalung erneuert werden könnte.



Einrichtung Parkverbote

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ und ÖVP & Bürgerforum stellen zur
Bezirksvertretungssitzung am 18.09.2024 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht an den Standorten:

- Josefstädter Straße vor ONr. 30
- Piaristengasse vor ONr. 20

Parkverbote auf einer Länge von mindestens 13 Meter einzurichten und diese entsprechend mit
Schildern auszuweisen.

Die Schilder sollen folgende Ergänzung beinhalten:

Halten und Parken verboten
Ausgenommen Ladetätigkeit
Mo-Fr (werktags) 7-18 Uhr
Sa (werktags) 7-13 Uhr

Begründung

Durch die Einrichtung der Parkverbotsschilder an den beiden Standorten können Ladetätigkeiten für
Unternehmen, Zustelldienste und Anrainer*innen ermöglicht werden, da sich in der unmittelbaren
Nähe der beiden Standorte keine Ladezonen oÄ befinden.

Barrierefreier Bennoplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ, der NEOS, der FPÖ, Bezirksrat Herbert Fuxbauer (Links & KPÖ) und Bezirksrätin Ivana Walden stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.09.2024 gemäß § 24 folgenden

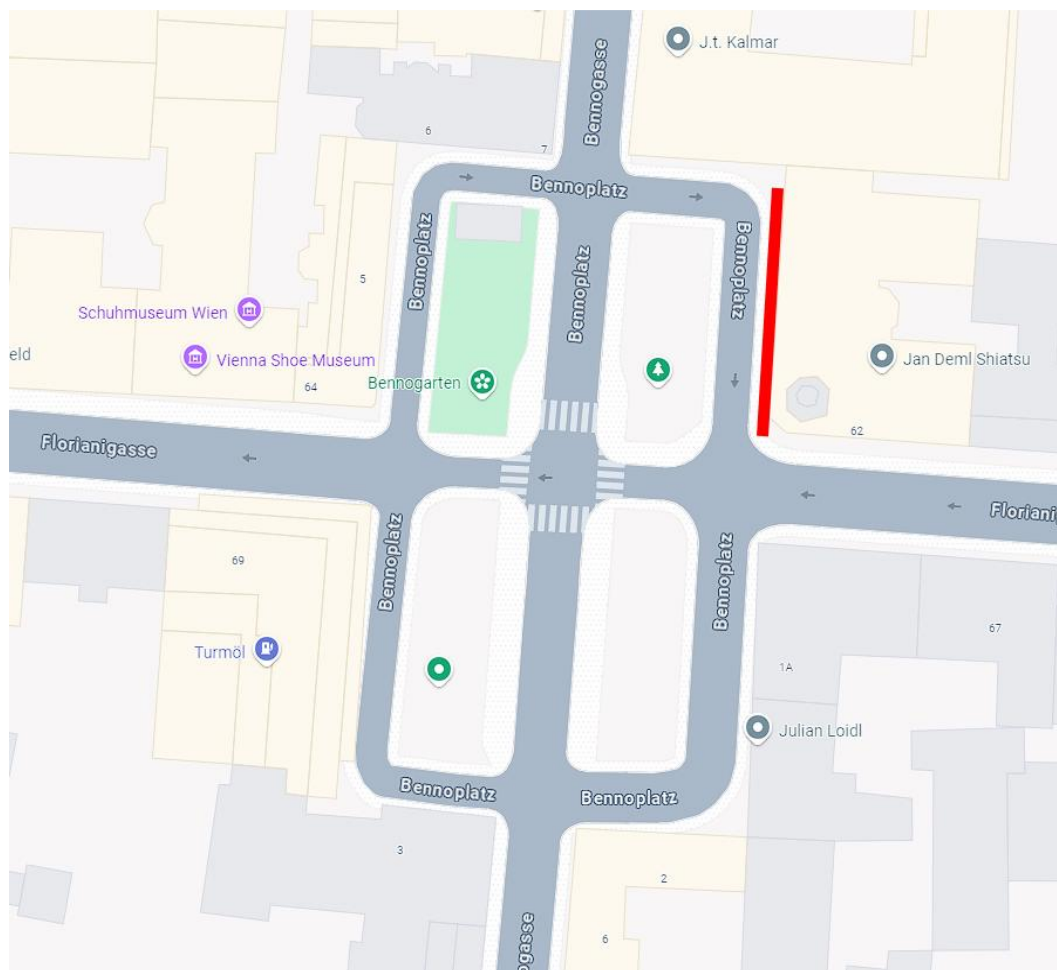
Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht den Gehsteig vor Bennoplatz 8 mittels Pflasterdecke barrierefrei zu gestalten.

Begründung

Der Bennoplatz ist aktuell nicht barrierefrei passierbar. Es besteht seit vielen Jahren der Wunsch des Seniorenbeirates dies zu beheben. Eine Analyse 2023 hat ergeben, dass es reichen würde, den Gehsteig vor Bennoplatz 8 barrierefrei zu gestalten, um dies zu ermöglichen.

Die Magistratsabteilung 28 hat im Oktober 2023 eine entsprechende Kostenschätzung in der Mobilitätskommission präsentiert. Der Umbau eines Gussasphalt-Gehsteigs würde voraussichtlich rund 21.000 € kosten, während der Umbau eines Gehsteigs mit Pflasterdecke voraussichtlich rund 50.000 € kosten würde. Es wird der Umbau des Gehsteigs mit Pflasterdecke bevorzugt.



Antrag

Barrierefreies Bezirksmuseum und VHS Josefstadt

Die Klubs der Grünen Alternative Josefstadt, ÖVP & Bürgerforum Josefstadt, SPÖ Josefstadt und NEOS Josefstadt sowie die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Josefstadt von FPÖ, LINKS/KPÖ und die Bezirksrätin Ivana Walden stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. September 2024 gemäß §24 GO BV folgenden Antrag.

Antrag

Die Stadträtin und Vizebürgermeisterin Gaal wird ersucht, das Gebäude in der Schmidgasse 18, in dem sich Bezirksmuseum Josefstadt sowie die VHS Mariahilf / Neubau / Josefstadt befinden, auf Möglichkeiten des barrierefreien Umbaus zu überprüfen und einen solchen Umbau, so er möglich ist, prioritär zu behandeln.

Begründung

Das Bezirksmuseum Josefstadt ist eine wichtige, gut besuchte Kulturinstitution im 8. Bezirk, aber leider nicht barrierefrei. Der Festsaal im 1. Stock ist einer der wenigen Veranstaltungsräume in der Josefstadt und die vielfältigen Veranstaltungen sind bei freiem Eintritt zu besuchen. Oft sind ältere Menschen die Zielgruppe. Aber auch regelmäßige Kinderveranstaltungen finden regen Zuspruch. Der Festsaal wird auch von der VHS für Kurse genutzt. Die Dauerausstellung des Bezirksmuseums befindet sich im 1.Stock, ebenso ein Raum für temporäre Ausstellungen. Auch die VHS, deren Kursräume sich im 2. Stock befinden, ist gut besucht. Leider gibt es keinen Aufzug, womit viele Bezirksbewohner:innen vom Besuch der beiden Institutionen ausgeschlossen sind. Das Gebäude und das Stiegenhaus sind zudem denkmalgeschützt. Geprüft werden soll ein angebauter Aufzug im Innenhof mit Zugang ins Stiegenhaus ebenso wie ein interner Treppenlift oder andere Möglichkeiten.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 7. Dezember 2022 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Ballkäfig im Schönbornpark

Die zuständige Magistratsabteilung wird ersucht, die Ballkäfige im Schönbornpark besser zu sichern, da immer wieder Bälle über das Gitter hinausgeschossen werden.

BEGRÜNDUNG:

Im Schönbornpark werden im Sommer die Ballspielplätze sehr stark frequentiert.

Da die Jugendlichen sehr aktive Spieler sind, passiert es immer wieder, dass Bälle voller Wucht über die Einzäunung hinausgeschossen werden.

Dadurch ist es bereits vorgekommen, dass der Ball beim angrenzenden Hilfswerk in der Türe oder auch im Fenster gelandet ist oder auch Besucher und Besucherinnen des Parks getroffen worden sind.

Um dies zu verhindern, wird ersucht eine Lösung für dieses Problem zu finden.

Antrag



Sanierung Maria Franc Hof

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 4.12.2024 gemäß §24 GO folgenden

Antrag

Die zuständige Stadträtin wird ersucht einer umfassenden Sanierung des Maria-Franc-Hofes Priorität einzuräumen und dabei die Errichtung von Photovoltaikanlagen, die Durchführung von Erdwärmebohrungen bzw. ähnliche umweltschonende Maßnahmen der Gebäudesanierung zu prüfen. Maßnahmen für mehr Biodiversität, wie Vogelnistkästen, sollen ebenfalls geprüft werden.

Begründung

Der Maria-Franc-Hof in der Lange Gasse 21-23 (benannt nach der ersten weiblichen Bezirksvorsteherin Wiens) wurde in den Jahren 1955 bis 1958 in mehreren Abschnitten errichtet. Er besteht aus 77 Gemeindewohnungen, vier Stiegen und mehreren Trakten mit bis zu sieben Stockwerken. Einige Wohnungen besitzen Balkone. Zudem bestehen auch Geschäftslokale und Garagen für die Mieter:innen in der Anlage. Entlang der Zeltgasse schmückt ein denkmalgeschütztes Wandmosaik die Fassade.

Seit seiner Vollendung 1958 wurde der Hof nie renoviert. Eine Sanierung war zwar schon im Gespräch, wurde aber immer wieder verschoben. Die Bewohner:innen klagen über mangelnde Qualität der in die Jahre gekommenen Wohnungen und Stiegenhäuser. Auch die Außenfassade bedarf eines neuen Anstrichs. Neue Dämmungen würden weniger Energiekosten für Mieter:innen bedeuten. Zudem wäre es wünschenswert, wenn auf den bestehenden Flachdächern Photovoltaikanlagen errichtet werden oder andere Maßnahmen für eine klimagerechte Energieversorgung (z.B. Erdwärmebohrungen) entstehen könnten. Auch Maßnahmen für mehr Biodiversität, wie Vogelnistkästen, würden einen Mehrwert für die Josefstadt bedeuten.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04. Dezember 2024 gem. § 24 GO BV folgenden

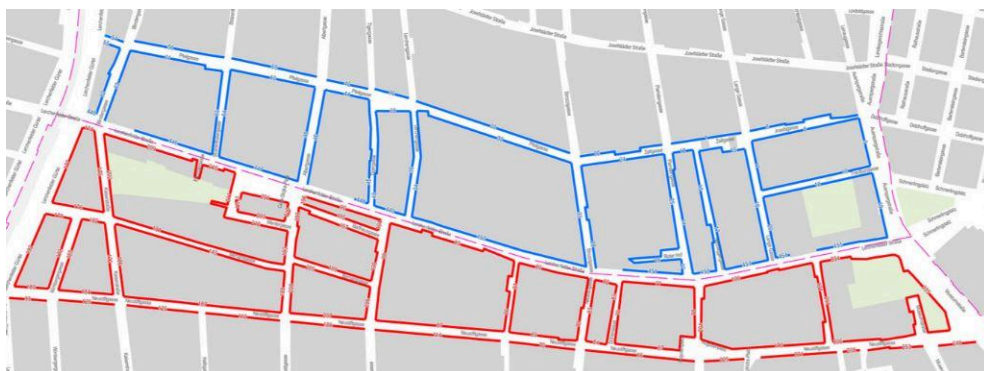
ANTRAG

BETREFF: Evaluierung der Überlappungszonen zwischen Neubau und Josefstadt

Der Herr Bezirksvorsteher wird ersucht, bezüglich der Überlappungszonen mit dem Bezirk Neubau eine Evaluierung durchzuführen und entsprechende Anpassungen durch Gespräche mit dem Bezirksvorsteher des Bezirks Neubau umzusetzen.

BEGRÜNDUNG:

Durch zahlreiche neue Oberflächengestaltungen sind in den letzten Jahren dutzende Parkplätze im Bezirk Neubau weggefallen. Gerade in Bereichen wie beispielsweise in der Bernardgasse, die einen wesentlichen Anteil an der Überlappungszone mit der Josefstadt ausgemacht hat. Dadurch wird das "Kreisen" zur Parkplatzsuche in der Josefstadt leider wieder zur Normalität. Um den Josefstädter Autofahrer:innen wieder genügend Parkraum gerade im Bereich der Bezirksgrenze zum Bezirk Neubau zu schaffen müssen also entweder neue Bereiche zu Überlappungszonen geschaffen werden oder eben Überlappungszonen für den Bezirk Neubau in der Josefstadt reduziert werden. Um dies zu erreichen, sind dringend Gespräche mit dem Bezirk Neubau erforderlich, um hier raschest eine Entlastung für die Josefstädter Bevölkerung zu schaffen.



Überlappungszonen Josefstadt - Neubau



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04. Dezember 2024 gem. § 24 GO BV folgenden

ANTRAG

BETREFF: Schaffung eines zweiten Zebrastreifens an der Kreuzung Laudongasse/Bennogasse

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, an der Kreuzung Laudongasse/Bennogasse einen zusätzlichen Fußgängerübergang entlang der Bennogasse zu schaffen.

BEGRÜNDUNG:

Die Kreuzung Laudongasse/Bennogasse ist für Fußgängerinnen und Fußgänger eine Zumutung. Für Fußgängerinnen und Fußgänger, welche die Laudongasse entlang der Bennogasse kreuzen möchten, ist dies lediglich auf einer Straßenseite möglich. Die andere Seite, welche die Tabak Trafik und das Institut Andreas Leimer verbindet, ist durch Fahrradständer und durch eine schlechte Einsicht in den entgegengesetzten Radstreifen für Fußgänger:innen nicht leicht ohne Beeinträchtigung und/oder Gefährdung zu überqueren.



Ausweitung Überlappungszone mit 7. Bezirk aufgrund des Umbaus der Bernardgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 04.12.2024 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht die Überlappungszone im 7. Bezirk auf einen neuen Standort zu erweitern, da durch die Umgestaltung der Bernardgasse viele Parkplätze auch für Anrainer*innen aus der Josefstadt entfallen sind. Der neue Standort für die Überlappungszone soll genauso viele Parkplätze enthalten, wie durch den Umbau der Bernardgasse weggefallen sind. Die Ergebnisse mögen in der Mobilitätskommission berichtet werden.

Begründung

Da durch den Umbau der Bernardgasse rund 145 Parkplätze weggefallen sind, ist es notwendig auch für die Anrainer*innen aus der Josefstadt neue Parkplätze in der Überlappungszone mit dem 7. Bezirk zu schaffen. Der Umbau der Bernardgasse wirkt sich auch auf die Parkplatzsituation in der Josefstadt aus und mit neuen Parkplätzen im Rahmen der Überlappungszone soll eine Erleichterung für Josefstädter*innen geschaffen werden.

Antrag betreffend Grünbrücken in der Josefstadt

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Josefstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 04.12.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung wird ersucht, zu prüfen, ob die Schaffung von "Grünbrücken" für Insekten und Flugsamen durch ein ausreichend dichtes Netz an Baumpflanzungen, Baumscheiben oder andere Formen der Begrünung an folgenden Straßenzügen möglich ist:

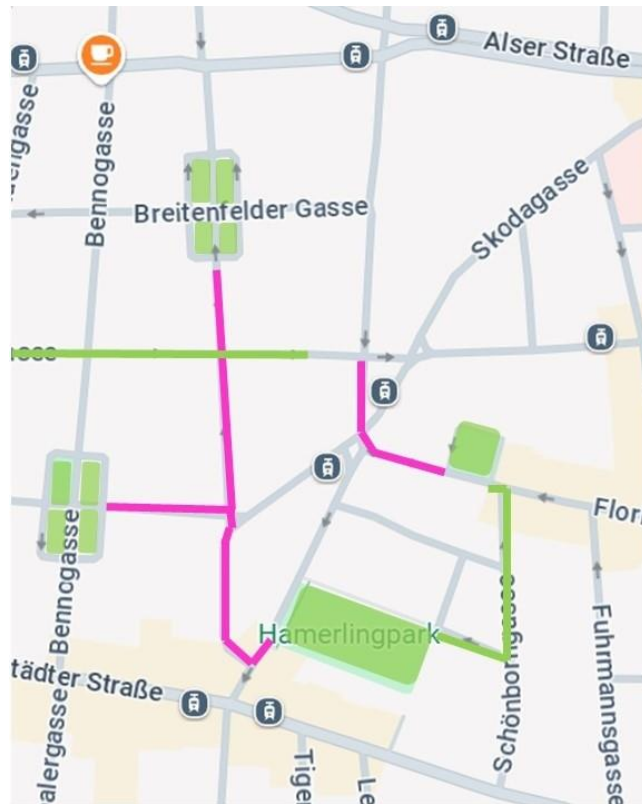
- Albertgasse zwischen Albertplatz und Josef-Matthias-Hauer-Platz
- Florianigasse zwischen Albertgasse und Bannplatz
- Florianigasse zwischen Schlesingerplatz und Skodagasse
- Feldgasse zwischen Florianigasse und Laudongasse

Die Ergebnisse mögen dem Umweltausschuss berichtet werden.

Begründung:

Sogenannte Grünbrücken wurden ursprünglich vor allem an Autobahnen geschaffen, um Wildtieren deren Querung zu ermöglichen und ihren durch die Verkehrswege beschnittenen Lebensraum zumindest ansatzweise wieder herzustellen. Grünbrücken können aber auch in städtischen Ballungsräumen geschaffen werden, um im Sinne der Biodiversität Wege für Insekten und Flugsamen (wieder) zu ermöglichen. Dafür genügt in der Praxis etwa das durchgängige Setzen von Baumscheiben in möglichst geringen Abständen zur Verbindung von Lebensräumen wie Parks oder Alleen.

Als Wiener Pilotprojekt sollen daher in einem ersten Schritt die Grünflächen von Albertplatz, Bannplatz, Hamerlingpark und Schlesingerplatz durch solche Grünbrücken verbunden werden. Die vorgeschlagenen Straßenzüge wurden so gewählt, dass die nötige Straßenbreite für Baumscheiben gegeben ist.



- Neu zu schaffende Grünbrücken
- Bestehende Grünbrücken

LINKS-KPÖ Josefstadt und der Klub der Grünen Josefstadt stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, zur Bezirksvertretungssitzung am 04.12.2024, folgenden

Antrag

Die für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen zuständige amtsführende Stadträtin Kathrin Gaál sowie der amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke, werden ersucht, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass in Wien in den öffentlichen Verkehrsmitteln und möglichst an jeder Öffi Haltestelle wo es Wartehäuschen mit Werbeschaukästen der Stadt Wien gibt – U-Bahn, Straßenbahn, Bus –ein Plakat vom 24-Stunden Frauennotruf: 01 71 71 9 angebracht wird. Es sollen nach Möglichkeit auch Plakate in verschiedenen Sprachen - angeglichen den existierenden mehrsprachigen Informationsfoldern Verwendung finden.

Begründung

In diesem Jahr zählen wir bereits 26 Opfer von mutmaßlichen Femiziden in Österreich – neben tagtäglichen schweren Körperverletzungen, Mordversuchen, Bedrohungen, Übergriffen und Demütigungen.

Die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen umfassen die Zeit zwischen dem 25. November – dem internationalen Gedenktag für alle Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt wurden – und dem 10. Dezember – dem internationalen Tag der Menschenrechte. Dieser Aktionszeitraum wird weltweit genutzt, um das Ausmaß und die verschiedenen Ausprägungen von Gewalt gegen Frauen zu thematisieren und Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen als fundamentale Menschenrechtsverletzung nachhaltige Folgen für die Betroffenen selbst, aber auch für die gesamte Gesellschaft hat.

Insbesondere bei häuslicher Gewalt kann das unmittelbare Wohnumfeld eine wichtige Unterstützung darstellen. Es ist daher wichtig, eine Strategie zu entwickeln, die diesem Umstand Rechnung trägt und Besonderheiten der Stadt und der Bezirke berücksichtigt. Es geht hier nicht nur darum Frauen auf Hilfeleistungen hinzuweisen, sondern gewaltbereiten Männern muss klar sein, dass Hilfe für bedrohte Frauen praktisch allgegenwärtig ist.

Die Initiative „STOP – Stadtteile gegen Partnergewalt“ ist trotz Beschluss der Bezirksvertretungssitzung noch immer nicht in der Josefstadt eingerichtet.

Passen wir gut aufeinander auf!

Für LINKS-KPÖ Josefstadt

für den Klub der Grünen Josefstadt



**Die Wiener
Volkspartei**

Josefstadt



Bezirksvorsteherung für den 8. Bezirk
Eingel.: 02. DEZ. 2024
Zahl: 1603765/24
Betreff:

Die Klubs der Grünen Alternative Josefstadt und der ÖVP & Bürgerforum Josefstadt stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 4.12.2024 gem. § 24 GO BV folgenden

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, speziell in den Wintermonaten die gesetzlichen und bescheidmäßigen Vorschriften und Bedingungen von Schanigarten in der Josefstadt zu kontrollieren. Dies betrifft insbesondere das räumliche Ausmaß, die Betriebszeiten und die Betriebspflichten nach §4 Abs. 2a GAG.

Begründung:

Die Josefstadt ist aufgrund der hohen Anzahl an Gastronomiebetrieben und der innerstädtischen Struktur ganz besonders von der Schanigartennutzung im öffentlichen Raum betroffen. Die letzten Winter seit der Einführung der Dauerbelassung von Schanigarten haben gezeigt, dass die gesetzlichen Bestimmungen oftmals nicht eingehalten werden. Dies betrifft ganz besonders die Betriebspflichten nach §4 Abs. 2a GAG, d.h. dass viele Schanigarten nicht betrieblich genutzt oder betriebsbereit gehalten werden, sondern als günstige Lagerfläche für die Möblierung dienen. Dafür ist der knappe öffentliche Raum zu kostbar.

Der Magistrat wird ersucht hier rigoros die Einhaltung der einzelnen Bescheide und gesetzlichen Bestimmungen zu kontrollieren und durchzusetzen.

Sonnensegel Kleinkinderspielplatz Schönbornpark

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ und der Grünen Alternative Josefstadt stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 04.12.2024 gemäß § 24 folgenden

Antrag

Die zuständige Magistratsabteilung wird ersucht zu überprüfen, ob im Kleinkinderspielplatz ein Sonnensegel als Beschattungselement installiert werden kann. Die Ergebnisse inkl. Kostenschätzung sollen dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Begründung

Da durch die heftigen Regenfälle vor ein paar Wochen auch der Schönbornpark betroffen war und dadurch der große schattenspendende Baum im Bereich des Kleinkinderspielplatzes umgefallen ist, muss rasch eine schattenspendende Maßnahme für den kommenden Sommer gefunden werden. Ein Sonnensegel würde eine gute Alternative bieten und könnte schon vor dem nächsten Sommer zum Einsatz kommen.